



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Übers- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Inhalt: Hezarbeit. (V.) — Ueber 700 Millionen neuer Lasten. (I.) — Feuilleton: Ein Stück Wirtschaftsgeschichte. (IV.) — Körperkonstitution und Proletarierkrankheit. (I.) — Aus dem Genossenschaftsleben. — Korrespondenzen (Dresden). — Rundschau. — Briefkasten.

Beilage: Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission. (XXV.) — Drei Jahrzehnte deutscher Bücherausfuhr. (I.) — Rundschau.

Für die Woche vom 26. März bis 1. April ist die Beitragsmarke in das mit 13 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Hezarbeit.

V.

Armut, ungeheure Lasten und unhygienische Lebensweise.

Die Arbeiterfeinde haben wahrlich keinen Grund, sich über eine angebliche Hezarbeit des organisierten Proletariats zu entrüsten. Sie vervollständigen ihre Verleumdungspolitik gegen die moderne Arbeiterbewegung nur logischerweise, wenn sie nicht nur behaupteten, die Hezarbeit des organisierten Proletariats sei Schuld an der tiefgehenden Unzufriedenheit und den staatsfeindlichen Ausschreitungen, sondern sie sei auch schuld an der Armut, an den ungeheuren Lasten und der unhygienischen Lebensweise des arbeitenden Volkes. Denn diese Faktoren im Verein mit der Ausnahme- und Gewaltpolitik der herrschenden Gewalten sind es, die erst die tiefgehende Unzufriedenheit des arbeitenden Volkes und seine feindselige Haltung gegen den kapitalistischen Klassenstaat herbeigeführt haben. Wenn nun aber die Arbeiterbewegung die Schuld an der Unzufriedenheit tragen soll, dann müßte sie ja auch die Vorbedingungen dazu geschaffen haben.

Aber gerade die Arbeiterfamilie, die Reaktionen sind es, die diese Vorbedingungen geschaffen haben. Gerade auf der Armut des arbeitenden Volkes gründet sich der Reichtum und die Vorherrschaft der bestehenden Klassen. Wenn die herrschenden Gewalten dennoch fortfahren, die moderne Arbeiterbewegung zu beschuldigen, so ist das nichts anderes als bewußte Entstellung der Wahrheit, nichts als böswillige und haßerfüllte Hezarbeit.

Die reaktionäre Hezarbeit gegen die Arbeiterbewegung hat aber auch den Zweck, die elende Lage des arbeitenden Volkes zu verunsichern. Wie weit die Arbeiterfeinde in der Verfolgung dieses Zieles gehen, das hat die Hintertreibung der gewerkschaftlichen Heimarbeitsausstellung auf der Hygieneausstellung zu Dresden aufs neue gezeigt. Die sächsische Regierung gab der Hezarbeit der sächsischen Industriellen nach, und so konnte kürzlich auf der Tagung der sächsischen Industriellen der Syndikus Dr. Stresemann die Hintertreibung der gewerkschaftlichen Heimarbeitsausstellung als Erfolg der Industriellen feiern.

An dem Elend des arbeitenden Volkes ist aber nicht nur die kapitalistische Ausbeutung schuld, es kommt noch eine volksfeindliche Wirtschaftspolitische und Rüstungspolitische hinzu, die lediglich im Interesse der bestehenden Klassen betrieben wird, während das arbeitende Volk die daraus entstehenden ungeheuren Lasten tragen muß. Die bloße Konstatierung dieser Tatsache ist dem organisierten Proletariat immer und immer wieder als Hezarbeit angerechnet worden. Um so wertvoller und erfreulicher ist es, wenn für diese proletarischen Behauptungen bestätigende Ausführungen solcher Kreise beigebracht werden können, die an dem Fortbestehen der volksfeindlichen Wirtschaftspolitischen und Rüstungspolitischen Mitschuld tragen. Im Bericht der Handelskammer Bielefeld für 1910 heißt es: „Weit mehr als die Mängel der genannten (wirtschaftspolitischen) Gesetzentwürfe ist aber die durch unsere Agrarpolitik und die neue Finanzreform bedingte Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Bevölkerungsschichten zu beklagen. Sie hat nicht nur die Kaufkraft des Volkes beeinträchtigt, das Hervortreten eines neuen Inlandsbedarfes im letzten Jahre verhindert, sondern sie hat auch zahlreiche und tiefgehende Bewegungen der Arbeiter mit verursacht und verstärkt.“

Hier wird unumwunden anerkannt, daß nicht eine angebliche Hezarbeit des organisierten Proletariats die Unzufriedenheit des Volkes, die wirtschaftlichen und politischen Kampfe verschuldet hat, sondern daß es sich dabei um notwendige Folgeerscheinungen der Volksverarmung, der volksfeindlichen Politik reaktionärer Gewalten handelt. In Wahrheit liegen die Dinge denn auch so, daß sich die moderne Arbeiterbewegung als einzige und wirkliche Verfechterin der Volksinteressen verdient macht, denn alle bestehenden und herrschenden Gewalten sind gegen die Interessen des Volkes.

Weit wichtiger als die Ausführungen der genannten Handelskammer sind die des englischen Ministers des Aeußeren, Sir Edward Grey, die aus Anlaß der Rüstungsdebatten vom März d. J. im Unterhaus gemacht wurden. Der Minister führte unter anderem aus: „Die Beziehungen Englands nicht nur zu Frankreich und Rußland, sondern auch zur deutschen Regierung sind die freundlichsten, und es ist ein Widerspruch, daß die Rüstungen trotzdem unaufhörlich steigen. Unter der Last dieser fürchterlichen Militärausgaben muß die Zivilisation schließlich zusammenbrechen. Es gibt viele, die glauben, daß sie schließlich zum Kriege führen müssen. Ich aber meine, daß diese unerträglichen Lasten eher zur inneren Revolution führen werden, zur Revolte der Massen gegen die furchtbare Steuerlast.“

Nach den Ministerworten erscheinen die reaktionären Mächte, die Arbeiterfeinde als diejenigen, die das Volk unzufrieden machen, die es in Feindschaft gegen die Gewalthaber und Volksbedrücker hineinziehen. Und wahrlich, der profitierendere Kapitalismus hetzt die Arbeiter in immer gewaltigere Arbeitskämpfe, er vertieft den Gegensatz zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, sie gegeneinanderkehrend. Nach neuen

Abgabebieten suchend stürzt er die Völker in eine un sinnige Wirtschaftspolitische und Rüstungspolitische, die den breiten Massen des arbeitenden Volkes die Lasten aufbürdet und sie in folgenschwere Notvolken zu hezen droht.

Das ist die Hezarbeit der Reaktion, zu der sich die reaktionäre Heze gegen die Arbeiterbewegung gesellt; gegen eine Bewegung, die den Völkern den sozialen und nationalen Frieden zurückgeben will — und wird.

Ueber 700 Millionen neuer Lasten.

I.

Unter dieser Ueberschrift macht ein Artikel die Kunde durch die Zentrumspreffe und die Preffe der Kapitalisten. Man könnte glauben, die Zentrumsblätter hätten die Absicht, die Wähler über die Lasten zu unterrichten, die das Zentrum dem Volke in den letzten anderthalb Jahrzehnten zur Förderung des Militarismus und Marinismus und zur Bereicherung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten aufgebürdet hat. Die Zentrumspreffe denkt aber gar nicht daran, sich über die Volksbelastung zugunsten solcher Zwecke zu entrüsten. Der Grund zur Entrüstung liegt diesmal darin, daß die geforderten Summen für arme Mütter, Kranke, Verletzte, Alte, Invaliden und für Witwen und Waisen aufgebracht werden sollen. Es handelt sich also um Kreise, von denen das Zentrum zu nehmen pflegt, um die Einnahmen reicher Grundbesitzer zu erhöhen.

Die Frage, um die es sich handelt, liegt auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. Die Sozialdemokraten fordern ihren weiteren Ausbau, und unsere Genossen im Reichstage machten bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung den Versuch, das Gesetz so zu gestalten, daß es berechtigten Forderungen entspricht. In kurzen Zügen seien die Grundgedanken wiedergegeben, die die Grundlage für die Anträge unserer Genossen bilden. Dann mögen die Arbeiter entscheiden, ob sie die Ausnahme solcher Anträge wünschen, oder ob sie die Laktik des Zentrums billigen, dessen Vertreter unsere Anträge ablehnten. Für die Krankenversicherung kommen folgende Grundgedanken in Frage:

Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Bedürftige und zwar

- a) auf alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigte Personen und auf Kleinrentner, auf Landwirte; auf Angestellte und Selbständige aber nur soweit, als deren Jahreseinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.
- b) Versicherung des vollen der Versicherung zugrunde gelegten Einkommens.
- c) Krankenunterstützung während der ganzen Dauer der Krankheit.
- d) Familienunterstützung in ausreichender Höhe an die Familien der Kranken, die in Heilanstalten untergebracht sind.
- e) Unterstützung der Schwangeren und Mütter.

f) Vereinheitlichung der Versicherungsorganisation.

g) Volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherer.

Die aus der Erfüllung dieser Forderungen erwachsende Mehrbelastung der Krankenversicherung soll zum Teil dadurch wieder ausgeglichen werden, daß die Unfallversicherung die Lasten der Unfälle vom Tage des Unfalls an zu tragen hat und so die Krankenkassen das Geld sparen, das sie gegenwärtig während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall für die durch Unfall Verletzten zu tragen haben.

Für die Ausdehnung der Versicherung kommen folgende Ziffern in Frage: Bei der Berufszählung von 1907 wurden 20 863 299 Arbeiter und Angestellte in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr und außerdem Dienstboten gezählt. Hinzu kommen noch mehrere Millionen Kleinbauern und Kleingewerbetreibende, die wirtschaftlich auch nicht besser als die Arbeiter gestellt sind. Gegen Krankheit waren aber nur 12 324 094 Personen versichert. Man kann also behaupten, daß mehr als zehn Millionen Versicherungsbedürftige nicht versichert waren. Heute sind Handlungsgehilfen, Techniker, Werkmeister usw. nur dann gegen Krankheit versichert, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst nicht 2000 Mk. übersteigt. Diese Grenze wurde 1883 festgelegt. Niemand wird heute behaupten, daß die gleichen Personen, die damals in die Versicherung einbezogen wurden, ihr auch heute noch unterstellt sind. Für alle Stellen, für die es 1883 ein Jahresgehalt von 1800 bis 2000 Mk. gab, wird heute mehr als 2000 Mk. bezahlt werden, weil alle Subsidienmittel im Preise gestiegen sind, das Geld also an Kaufkraft eingebüßt hat. Das wurde 1900 auch bei der Reform der Unfallversicherungsgesetze anerkannt und die Einkommensgrenze für die Unfallversicherung von 2000 auf 3000 Mk. erhöht. In der Krankenversicherung hat man auch jetzt bei der Reichsversicherungsordnung die Grenze bei 2000 Mk. gelassen.

Aber auch die Personen mit diesem Einkommen sind nicht voll versichert. Bei der Gemeindeversicherung gilt der ortsübliche Tagelohn, der in einer Anzahl von Orten auf 1 Mk. für den Arbeitstag festgesetzt ist. Bei den organisierten Klassen wird der Tagesverdienst nur soweit angerechnet, als er 4 Mk. für den Arbeitstag nicht übersteigt; nur wenn die Klasse Lohnklassen eingerichtet hat, werden bis zu 5 Mk. angerechnet. Was darüber hinaus geht, kommt weder bei der Beitragszahlung, noch — und das ist das schlimmere — bei der Berechnung des Krankengeldes in Anrechnung. Was für Differenzen durch die nur teilweise Anrechnung des Arbeitslohnes entstehen, wird aus der Höhe des Krankengeldes ersichtlich. 1908 wurden für 103 894 299 Krankentage 133 542 255 Mk. Krankengeld gezahlt. Obwohl eine Anzahl Klassen mehr als die Hälfte des versicherten Tagelohnes als Krankengeld zahlt, ergibt sich doch nur ein Krankengeld von durchschnittlich 128,54 Pf. Da mindestens die

Hälfte des versicherten Tagelohnes als Krankengeld gezahlt werden muß, ist danach der versicherte Tagesarbeitsverdienst höchstens 257 Mk. Nach den Rechnungsergebnissen der gewerblichen Berufsvereinigungen betrug aber der an Versicherte tatsächlich gezahlte Arbeitsverdienst im Jahre 1908: 3,58 Mk. für den Arbeitstag. Die rein mechanische Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Versicherungsbedürftigen und die Versicherung des vollen Arbeitslohnes würde also mehr als eine Verdoppelung der Beiträge bringen.

Man frage sich nun: Ist es wirklich besser, daß der arme Kleinbauer, der Heimarbeiter usw. die Beiträge spart und dann im Krankheitsfalle ohne Hilfe ist, oder ist es besser, daß er in gesunden Tagen 2—3 Pf. für jede Mark seines Verdienstes hergibt und dann in Krankheitstagen Arzt, Arznei und Krankengeld zu seiner Verfügung hat? Das gleiche gilt für den hoch entlohnerten Arbeiter. Heute leistet er bei einem Arbeitsverdienste von vielleicht 7 Mk. für den Tag vielleicht täglich 12 Pf. Krankentassenbeitrag und erhält im Krankheitsfalle 2 Mk. Krankengeld. Wird er einer Heilanstalt überwiesen, erhält seine Familie täglich 1 Mk. Würde er mit seinem ganzen Arbeitsverdienst versichert sein, müßte er allerdings statt 12 Pf. 21 Pf. bezahlen, aber er würde dann statt 2 Mk. Krankengeld 3,50 Mk. erhalten.

Aber man wird sagen: Die Sozialdemokraten fordern das Krankengeld in der Höhe des vollen Tagelohnes, sie behaupten, in der Familie werde bei Krankheit des Mannes nicht weniger, sondern mehr gebraucht, weil doch der Kranke nach ärztlichen Vorschriften versorgt werden soll. Wenn hierdurch auch die Krankheiten abgekürzt werden, wird doch mehr als doppelt soviel Krankengeld gebraucht, also muß der Beitrag verdoppelt werden. Dem ist aber nicht so; denn der Kranke braucht darum nicht etwa zwei Medizine oder das doppelte Quantum Medizin. Gegenwärtig erfordert das Krankengeld 42 Prozent der Beiträge. Wird das Krankengeld verdoppelt, muß statt 1 Mk. 1,42 Mk. Beitrag erhoben werden.

Eine erhebliche Mehrbelastung würde allerdings die Hilfe für Schwangere und Mütter erfordern. Sie ist aber durchaus erforderlich. Die fehlende Hilfe bringt den Frauen frühes Siechtum, bringt die hohe Säuglingssterblichkeit. Ist es für Deutschland nicht beschämend, daß es unter allen westeuropäischen Staaten die höchste Säuglingssterblichkeit zählt? Von hundert Lebendgeborenen starben 1908 in Deutschland im ersten Lebensjahre 17,8, in Italien 15,6, in Frankreich 14,3, in Belgien 13,2, in den Niederlanden 12,5, in England 12,1, in Schottland 11, in Irland 9,7, in der Schweiz 10,8, in Schweden 7,7 und in Norwegen 6,7. Man verbinde, daß die Mutter bis zum Tage der Entbindung arbeiten muß, erhalte dem Säugling in den ersten Monaten die Mutter und man wird der Gesundheit der Frauen und der Säuglinge die denkbar größten Dienste erweisen.

Die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften beschränkt sich aber nicht nur auf die Heimarbeiter selbst, sondern wendet sich an die ganze Bevölkerung, einmal um das Mitgefühl mit diesen Allerärmsten zu erregen, dann aber auch, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die den Konsumenten aus der Heimarbeit erwachsen können.

Daß z. B. die Herstellung von Zigarren in einem Raum, in welchem die Familie des Heimarbeiters wohnt, schärfst, todt und wärdig, nicht nur für die dort hausenden Personen gesundheitlich gefährdend wirkt, sondern daß z. B. von kranken Familienmitgliedern der Krankheitsstoff und somit die Ansteckungsgefahr auf die späteren Raucher übertragen werden kann, ist doch wohl ohne weiteres einleuchtend; daß unter solchen Umständen die bei der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln zu fordernde Sauberkeit einfach nicht innegehalten werden kann, ist ebenfalls leicht erklärlich. Dieselben Gefahren drohen aber doch schließlich bei allen anderen in Heimarbeit hergestellten Artikeln. Aus der Heimarbeitsausstellung erinnern wir uns wohl noch des Bildes, das uns ein diphteritisches Kind zeigt, in

Man wende nicht ein, die Lasten könnten nicht getragen werden. Sie werden doch auch heute getragen, nur daß die mit zahlreichen Kindern segneten Familien sie jetzt allein tragen müssen, bei Ausdehnung der Versicherung aber eine Verteilung auf alle Versicherte eintreten würde.

Wenn die Krankenversicherung Träger der Schwangerschafts- und Mutterschaftsversicherung sein sollen, ist es nötig, die Krankenversicherung in einheitliche große Organisationen zusammenzuschließen; sonst würden die Unternehmer, wie z. B. die der großen Eisenindustrie, die keine Arbeiterinnen beschäftigen, Betriebskassen gründen und sich so von den Lasten der Schwangeren- und Mutterschaftsunterstützung drücken.

Die Vereinheitlichung der Versicherung und damit die Beseitigung der Betriebskassen wird auch noch aus einem anderen Grunde von den Sozialdemokraten gefordert. In manchen Betrieben werden aus Rücksicht auf die Betriebskassen mit chronischen Krankheiten behaftete Arbeiter nicht angenommen. Mancher Arbeiter, der an Rheumatismus oder an einer ähnlichen Krankheit leidet, wird nicht wieder eingestellt, wenn er einmal erkrankte. So wird für diese Unglücklichen der Segen der Krankenversicherung nicht selten Ursache des Fluchs der Arbeitslosigkeit.

Mit der Gründung großer einheitlicher Organisationen würde aber auch eine Ermäßigung der Verwaltungskosten erzielt. Die Schreibarbeit, die durch An- und Abmeldungen entsteht, würde erheblich vermindert. Auch sonst wären Vereinfachungen des Betriebes möglich. Statt der gegenwärtig bestehenden 23 000 Kassen brauchte man kaum den zwanzigsten Teil.

Eine erhebliche Entlastung der Krankenkassen wollten unsere Genossen dadurch herbeiführen, daß sie die Lasten aus Betriebsunfällen ganz den für die Unfallversicherung geschaffenen Organisationen überweisen. Wie groß die Lasten durch Betriebsunfälle sind, geht daraus hervor, daß 1909 in Deutschland 664 247 Unfälle gemeldet wurden, von denen in den ersten 13 Wochen 525 177 Fälle durch Heilung erledigt wurden. Diese Unfälle belasteten also nur die Krankenkassen; aber auch bei den 139 070 schweren Unfällen hatten die Krankenkassen die Unkosten für 13 Wochen zu tragen, wenn der Unfall nicht sofort tödlich verlief.

Vor allen Dingen glauben unsere Genossen die Krankenversicherung durch Erhaltung der vollen Selbstverwaltung verbessern zu können. Viele Mißstände, die sich aus dem Betriebe ergeben, können durch Abänderung der Organisation oder der Satzungen ohne Schwierigkeit beseitigt werden.

Die Krankenversicherung muß sich den Bedürfnissen des täglichen Lebens anpassen. Je nach dem Orte, der Zusammensetzung der Arbeiterbevölkerung usw. sind diese Bedürfnisse verschieden; aber bei ausreichender Bewegungsfreiheit läßt sich auch diesen besonderen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Ein Stück Wirtschaftsgeschichte.

IV.

Fragen wir uns nun, welche Art der Selbsthilfe für die Heimarbeiter in erster Linie in Betracht kommt, so muß die Antwort darauf lauten: Die gewerkschaftliche Organisation! Zwar ist auch schon in diesem Artikel darauf hingewiesen worden, daß gerade die Organisation der Heimarbeiter infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer gewerkschaftlichen Indifferenz auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt, aber sie ist trotz allem nicht unmöglich, und darum darf man an dieser Aufgabe nicht verzweifeln, sondern muß sie mit denselben Mitteln ins Werk zu setzen suchen, mit denen man die Organisation der anderen Arbeiter ermöglicht hat, das sind: Aufklärung und unermüdbliche Agitation! Einige Vereine haben auch schon bei den Heimarbettern agitatorische Erfolge erzielt und mit Hilfe der Organisation Verbesserungen durchgesetzt. In vereinzelten Fällen sind sogar Tarifabschlüsse erfolgt, welche das Arbeitsverhältnis der Heimarbeiter wesentlich verbessert haben.

demselben Raume liegend, in dem die Mutter Kinderkleider verfertigt. Wie leicht ist da die Uebertragung dieser Krankheit, die doch einen Würgengel für die Kinderwelt bedeutet, auf die Kinderkleider und von diesen auf alle Personen möglich, die mit den Kleidern zu tun bekommen. Diese Beispiele von drohenden Gefahren können beliebig vermehrt werden, doch mögen diese hier genügen. In den Vereinigten Staaten und auch zum Teil in England haben die Gewerkschaften Schu h m a r k e n eingeführt, welche den Fabrikanten übergeben werden, deren Waren in einem geregelten Betriebe hergestellt und durch die Marken als solche kenntlich gemacht werden. Diese Marken sollen das Publikum dazu erziehen, nur die als gut gekennzeichneten Waren zu kaufen und andere zurückzuweisen. Mit dieser Methode sind allerdings bisher keine nennenswerten Erfolge erzielt worden, und die deutschen Gewerkschaften stehen dieser Art von Selbsthilfe recht skeptisch gegenüber.

Die Selbsthilfe in gewerkschaftlicher Beziehung wäre nun durch diese Mittel erschöpft, doch ist auch genossenschaftliche Selbsthilfe in manchen Fällen durchführbar. Bei dieser wird

Körperkonstitution und Proletarierkrankheit. *)

I

Die Lungentuberkulose, gewöhnlich Schwindsucht genannt, wird nicht mit Unrecht als Proletarierkrankheit bezeichnet, und zwar deshalb, weil sie eben meistens Proletarier befällt. Da ist es nun von Wichtigkeit, zu untersuchen, warum denn diese furchtbare Krankheit gerade mit Vorliebe Proletarierkörper befällt. Die Antwort darauf ist nicht schwer. Die Lungentuberkulose befällt deshalb den Proletarierkörper so leicht, weil dieser nicht nur größerer Ansteckungsgefahr ausgesetzt ist, sondern weil er in der Regel auch nicht so prädisponiert, d. h. nicht so dazu vorbereitet ist, den Kampf mit dem Krankheitserreger, dem Tuberkelbazillus, erfolgreich aufzunehmen. Die Tuberkulose ist bekanntlich eine sogenannte Infektionskrankheit, d. h. eine Krankheit, die ansteckend wirken kann, wenn der von ihr befallene Kranke Bazillen dieser Krankheit, z. B. beim Husten, auswirft, vielleicht auf den Fußboden spuckt und diese Bazillen dann in getrocknetem Zustande als Staubpartikelchen von einem anderen eingeatmet werden und in die Lunge oder in eine Wunde gelangen. Vor dieser Gefahr ist natürlich kein Mensch sicher. Die Lungenschwindsüchtigen sind heute leider noch oft so rücksichtslos gegen ihre Mitmenschen, daß sie den aus der Lunge gesputeten Krankheitserreger anstatt in einen Spucknapf oder, wenn sie auf der Straße gehen, in ein mitzunehmendes Spuckfläschchen spucken, auf den Fußboden oder auf die Straße werfen. Kommt der Krankheitserreger in Sonnenstrahlen zu liegen, dann ist er in wenigen Sekunden getötet; sonst bleibt er in frischer trockener Luft 8-10 Stunden am Leben, d. h. also ansteckungsfähig, und in feuchter, schmutziger Umgebung behält er die Lebensfähigkeit jahrelang. Unter solchen Umständen besteht also für jeden Menschen, für Reiche und Arme, die Ansteckungsmöglichkeit. Und doch werden die Reichen, auch wenn sie angesteckt werden, weit weniger häufig ein Opfer der Krankheit. Die Ursache dafür liegt in der verschiedenen Beschaffenheit des Körpers, der sogenannten Körperkonstitution. Der wohlhabende und reiche Mensch hat in der Regel einen weit besser genährten Körper wie der arme. Das ist von großer Wichtigkeit. Denn nicht jeder eingeatmete Bazillus verursacht eine Ansteckung. Der Körper unternimmt vielmehr sofort einen energischen Kampf, um den Eindringling wieder hinauszuerpedieren. Ueberhaupt muß man sich eine Art Kriegsverhältnis des Körpers mit dem Tuberkelbazillus vorstellen. Der Tuberkelbazillus greift den Körper an, und der Körper sucht den Angreifer abzuwehren. Gesunden, gut genährten Menschen wird es natürlich sehr leicht sein, den Bazillus erfolgreich abzuwehren. Kranken und

*) Dem „Textil-Arbeiter“ mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion entnommen.

man meist zunächst an die Bildung von Arbeitsgenossenschaften gedacht, und doch ist gerade hierbei die allergrößte Vorsicht anzuraten, denn von diesen Genossenschaften gehen in der Regel über 90 Prozent wieder elend zugrunde. Dadurch entstehen viele Enttäuschungen und große Verluste, die wieder hemmend auf das Streben der Heimarbeiter nach Verbesserung ihrer Lage einwirken und sie noch widerstandsunfähiger machen. Deshalb die größte Anzahl dieser Arbeitsgenossenschaften zugrunde gehen, ist leicht erklärt: sie leiden an ganz typischen Mängeln, es fehlt ihnen an tüchtiger kaufmännischer und sachverständiger Leitung, an Kapital, an Absatz ihrer Produkte und auch an Disziplin. Diese Mängel lassen sich nun dadurch beseitigen, daß die interessierten Gewerkschaften das erforderliche Kapital hergeben, eine geschickte Leitung einsetzen, sich einen genügend starken Einfluß sichern und mit Konsumgenossenschaften zwecks regelmäßiger Abnahme ihrer Produkte in Verbindung treten. Einige Arbeitsgenossenschaften, die sich auch dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen haben, sind auf diese Weise im Kampf gegen Hausindustrie und Heimarbeit entstanden,

geschwächten Körpern ist das weit weniger möglich. Kinder z. B., die an Mätern erkrankt waren, sind einer sehr großen Ansteckungsgefahr unterworfen. Dasselbe ist der Fall bei Kindern, die den Keuchhusten haben. Solche Kinder sollen während der Krankheit und eine Zeitlang nach derselben ganz besonders vor Ansteckungsgefahr geschützt werden, denn die Körperkonstitution der Kinder ist durch die Krankheit geschwächt, die Lungen insbesondere sind nicht so kräftig, um eingeatmete Krankheitserreger wieder aus der Lunge zu entfernen; diese bleiben haften und beginnen sich zu vermehren, was unter gleichzeitiger Zerstörung der Lunge vor sich geht. Derselbe Gefahr besteht natürlich auch bei Erkrankung an Scharlach oder Lungenentzündung, überhaupt bei allen Krankheiten, die den Körper schwächen. Daher sind auch Wöchnerinnen der Ansteckungsgefahr sehr stark unterworfen. Es ist daher alles Verdächtige, was nach Tuberkulose aussieht, von den Wöchnerinnen fernzuhalten. Wie häufig aber geschieht es, daß Tuberkulose zu der Wöchnerin kommen, um sie zu besuchen und ihr zu „gratulieren“, wobei die Ansteckung erfolgt und Gesundheit und Leben vernichtet wird. An Tuberkulose Erkrankte sollen also von der Wöchnerin unter allen Umständen ferngehalten werden. Auch an Influenza erkrankte Menschen bieten dem Tuberkelbazillus ein sehr günstiges Angriffsobjekt, desgleichen Menschen, die an der Zuckerkrankheit leiden. Solche Menschen sollen sehr vorsichtig sein, sollen sich von Umgebungen fernhalten, die eine Tuberkulosegefahr für sie bergen. Den Tuberkelbazillus kann nur ein gesunder, kräftiger Körper überwinden.

Aber nicht nur durch Krankheiten geschwächte oder mangelhaft entwickelte Körper unterliegen der Gefahr leichter Ansteckung, sondern auch solche, die durch recht ungenügende Berufsarbeit geschädigt werden. Besonders Weibergiftungen unterworfenen Arbeiter, wie wir sie in Buchdruckereien, in Jacquardwebereien, in denen die an den Harnischfäden besetzten Gewichte noch aus Mei bestehen, haben, sind der Ansteckungsgefahr mehr ausgesetzt. Ebenso Menschen, die großer Staubeentwicklung ausgesetzt sind, und vor allem Menschen, die durch den Mund, anstatt durch die Nase atmen. Beim Atmen durch die Nase bleibt der Staub und damit der Ansteckungs-bazillus meist an den zehrfachen, dem Staubfang dienenden Härchen hängen, während er beim Atmen durch den Mund ungehindert in die Luftröhre eindringt.

Aus dem hier Gesagten geht nun schon zu einem großen Teile hervor, wie die Körperkonstitution eines Menschen beschaffen sein muß, um den Kampf gegen den Krankheitserreger der Tuberkulose erfolgreich aufnehmen zu können.

Man war bisher häufig der Annahme, die Tuberkulose werde auch durch die Geburt übertragen. Diese Ansicht verliert immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Man neigt immer mehr der Ansicht zu, daß das geborene Kind nicht angesteckt wurde, als es mit der an Tuberkulose erkrankten

so z. B. einige Schneider-, Schuhmacher-, Weber-, Tabakarbeiter- und Tischlergenossenschaften; sie bewähren sich auch gut. Andere Heimarbeiter haben wieder Betriebswerkstätten gegründet, so z. B. die thüringisch-fränkischen Korbmacher, welche in einer ganzen Reihe von Gemeinden den Lenzaal der Gemeindegemeinde die Woche hindurch als Arbeitsraum benutzen. Diese Errichtung von Zentralwerkstätten geht ja dem Elend, das die Benutzung des Arbeitsraumes zugleich als Koch-, Wohn- und Schlafräum mit sich bringt, zu Leibe und man findet sie noch in einigen Schwebelstädten; auch in Wien wurden solche Werkstätten mit Hilfe der Gewerkschaften und des Staates errichtet. Berlin hat ebenfalls einige Zentralwerkstätten für Schneider, die gern benutzt werden. Oft aber verzichten die Arbeiter auch auf die Benutzung der Räume aus Bequemlichkeit oder aus pekuniären Gründen.

Von Bedeutung ist die genossenschaftliche Selbsthilfe auch dort, wo die Hausindustriellen das Rohmaterial und die Zutaten selbst zu liefern haben, dort ist zum Teil die Errichtung von Einkaufsgenossenschaften mit Erfolg durchgeführt. Diese bilden gewissermaßen die Uebergangsstufe

Mutter durch den Blutkreislauf verbunden war, sondern daß es vielmehr nur deshalb häufig nach von der Tuberkulose befallen wurde, weil es auch der Geburt, wo es meist im ersten Verkehr mit der Mutter bleibt, von dieser angesteckt wurde, oder weil ihm die von der Tuberkulose geschwächte Mutter eine schlecht entwickelte Körperkonstitution mit auf den Lebensweg gab; eine Körperkonstitution, die das Kind von vornherein unfähig machte, die Krankheitserreger abzuwehren. Daraus folgt, daß neugeborene Kinder, deren Mütter an Tuberkulose erkrankt sind, sofort nach der Geburt aus der Umgebung der Mutter genommen, in einwandfreie Pflege gegeben werden müssen, wo ihr schwacher Körper gar nicht in die Lage kommt, Tuberkelbazillen abzuwehren zu müssen. Hier tun Säuglingsheime außerordentlich not.

Es muß natürlich noch weit mehr getan werden. Vor allem müßte Sorge getragen werden, daß die Mütter gesund bleiben, daß sie sich nicht zu schinden brauchen bis zur letzten Stunde vor der Entbindung und daß sie sich während der Schwangerschaft reichlich nähren können, denn nur die Mutter, die selbst eine gute Körperkonstitution hat, die sich reichlich nähren kann und die demnach überschüssige Körperkraft besitzt, wird einem Kinde von kräftiger Körperkonstitution das Leben geben. Leider ist jenes bei den Arbeiterfrauen zu einem erheblichen Teile nicht der Fall. Und mit der fortschreitenden Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, mit ihrem unerfättlichen Hunger nach billiger weiblicher Arbeitskraft wird das natürlich immer schlimmer. Der Körper der in den Entwicklungsjahren stehenden Arbeiterinnen vom 16. bis 20. Lebensjahre kann sich ja größtenteils gar nicht so entwickeln, wie es für den späteren Beruf des Mädchens als Mutter notwendig wäre. Man komme nur einmal in Gegenden, wo Arbeiterinnen in größerer Zahl vom Wohnsitz ihrer Eltern getrennt arbeiten. Entweder sind sie in Privatlogis oder in sogenannten Mädchenheimen untergebracht. In beiden Fällen ist die Ernährung dieser Mädchen eine vollständig mangelhafte. Der Lohn der Mädchen ist ein sehr geringer, daher kann nur wenig für den Lebensunterhalt ausgegeben werden, denn es muß doch auch Geld für Kleidung gespart werden. Solche jungen Mädchen, die in diesen Jahren der körperlichen Entwicklung gerade recht nahrhaft essen sollten, darben sich meistens das äußerste ab, um zu sparen. Wir haben das lange genug mit eigenen Augen angesehen. Hier wird das Rezept des Fabrikanten Peters in Revue schon zum erheblichen Teile verwirklicht. Durch gute Nahrung, durch nicht zu lange Arbeit, die nicht einseitig ist und nur einige Körperteile erfaßt, sondern alle Organe des Körpers gleichmäßig in Anspruch nimmt, kann ein von Geburt aus schwächerer Körper immer noch korigiert und gekräftigt werden, wenn dies in den sogenannten Entwicklungsjahren geschieht. Später läßt sich nicht mehr viel machen. Gerade in der Zeit der letzten Schuljahre und in der Zeit bis zu 20 Jahren sollten

zur Selbsthilfe durch die Konsumgenossenschaftliche Organisation, und vielfach führen die Konsumvereine in solchen Bezirken neben andern Bedarfsartikeln auch das Rohmaterial und die Zutaten zu der hausindustriellen Arbeit. Einzelne Konsumgenossenschaften haben auch den Verkauf der fertigen Waren übernommen, doch ist dies eine recht schwierige Sache, welche die Konsumvereine nur dann übernehmen können, wenn sie einen gesicherten Absatz haben.

Hiermit wären nun auch die Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe der Heimarbeiter erschöpft. Diese sowohl als die gewerkschaftliche Selbsthilfe sind nicht imstande, das Uebel an der Wurzel zu packen; sie können wohl gelegentliche Erleichterungen und Wohnverbesserungen schaffen, aber durchgreifende Verbesserungen müssen der Gesetzgebung überlassen bleiben. Die Arbeiterschaft muß darum die ihr nahestehenden politischen Parteien immer wieder auf die Erfüllung dieser Pflichten hindrängen. Inzwischen darf die Selbsthilfe natürlich nicht vernachlässigt werden.

die Eltern der Kinder mit allem Nachdruck verlangen, daß ihre Kinder sich gut und reichlich nähren. Sie sollten aber auch dafür sorgen, daß in dieser Zeit die Kinder nicht so lange ausgeheult werden, wie das täglich geschieht. Eine tägliche Arbeitszeit von sechs Stunden für Mädchen unter 18 Jahren, das wäre die längste Arbeitszeit, die die Eltern zulassen dürften; nach dem 18. Jahre sollte sie für alle Frauen und Mädchen nicht mehr wie täglich acht Stunden betragen. Die Zeit vom 12. bis 20. Lebensjahre ist die Zeit, wo die Körperkonstitution am entwicklungsfähigsten ist und wo sich die Eigenschaften ausbilden, die der Körper zu einer erfolgreichen Abwehr der Proletarierkrankheit befähigen muß. —

In einem zweiten Artikel noch mehr darüber.

Aus dem Genossenschaftsleben.

Den preussischen Konsumvereinen und ihren Mitgliedern droht wieder einmal Gefahr. Die Vereine sind nämlich vielfach dazu übergegangen, einen gewissen Prozentsatz ihres bisher erzielten Ueberschusses als festen Rabatt den Mitgliedern zu gewährleisten, um so die Steuer, die auf der Ersparnis, genannt „Reingewinn“ im Konsumverein ruht, etwas zu vermindern. Die Vereine haben damit nur dasselbe Recht in Anspruch genommen, welches die Händler schon seit langem ungehindert ausüben, nämlich den gewährleisteten Rabatt nicht als Einkommen zu versteuern. Das hat die Feinde der Konsumvereine im schönen Preußenlande nicht schlafen lassen, darum haben sie durch ihren atterbawährten Vertreter im preussischen Abgeordnetenhaus, den konservativen Herrn Hammer, einen Antrag einbringen lassen, wonach als „verteilte Dividende bei den Genossenschaften jede in Form von Rabatten oder sonstiger Art gewährte Rückvergütung gilt.“ Das wäre nun zwar wieder eine der ungerechtesten Besteuerungen, ungerecht um so mehr, als den Händlerrabatten kein Härchen gekrümmt werden soll. Außerdem würde die Sache an sich gar nicht lohnend sein für den preussischen Steuerfädel, denn rund 17½ Millionen Mark gewöhnlicher Rückvergütung hatten die Vereine des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine im Jahre 1909 als Gewinn Einkommen zu versteuern, während etwa 5 Millionen Mark als „Sparrabatt“ unbesteuert bleiben mußte. Wogegen der Verband der Rabattsparrvereine sich brüsst, zirka 30 Millionen Mark Rabatt an die Kundschaft vergütet zu haben. Bei gleicher Sache müßte man also mit den Konsumvereinsfeinden sagen: Die Steuern von 30 Millionen Mark Gewinn sind dem Staat von den Händlern entzogen worden. Aber die Hebe geht natürlich nur auf Spargroschen und unbenutzte Konsumenten. Auch in Lippe-De-mold will sich die Steuerhauwehe drehen. Dort waren bisher die Konsumvereine, welche ihren Geschäftsbereich nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus ausdehnten, von der Einkommensteuer befreit, aber der Entwurf des revidierten Einkommensteuergesetzes plant die Besteuerung in derselben Weise, wie in anderen Ländern. Wir werden zu gegebener Zeit über die Schicksale der Steuervorschläge berichten.

Daß sich trotz aller Feindseligkeiten der genossenschaftliche Geist in der Bevölkerung immer mehr entwickelt, davon gibt der Konsumverein „Soffnung“ in Köln Zeugnis ab. Dieser besteht jetzt zehn Jahre und hat während seines ganzen Bestehens gegen ein fanatisiertes, skrupelloses Krämerium und gegen eine mächtige politische Partei, die heute noch im Bezirk als unbesiegbar gilt, zu kämpfen gehabt. Stellte man der „Soffnung“ doch von dem proletarischen Anhang dieser Partei eine christliche Konsumvereinsgründung, die „Eintracht“ entgegen! Aber trotz der durch die „Eintracht“ gesetzten Zwietracht arbeitete sich die „Soffnung“ rasch empor. Sie verfügt heute über 23 000 Mitglieder mit einem Jahresumsatz von sechs Millionen Mark, über ein rund 10 000 Quadratmeter großes Grundstück mit Zentrallager, Bäckerei, Maschinenhaus usw. Auch eine eigene Kaffeerösterei ist vor-

handen und die Pläne für weitere Eigenproduktion werden demnächst zur Ausführung gelangen.

In Berlin ist der große, alte und bekannte Rabattsparrverein „Norden“ in Liquidation getreten. Seine Leiter haben mit dem Gelde der Konsumenten und Kaufleute in Galizien und anderen Ländern spekuliert und sind dabei herein gefallen. Nun trauern etwa 200 000 Käufer und verschiedene Tausend Kleinhändler um die dem Verein anvertrauten Gelder; aber die „Propaganda-Kommission für das Genossenschaftswesen“ hat die Gelegenheit ergriffen, um in sechs großen Versammlungen der Bevölkerung von Berlin den Unterschied zwischen dem Rabattsparrverein und der Konsumgenossenschaft klarzulegen. Und der Zustrom von Mitgliedern in der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend beweist, daß der verachtete „Rabattverein Norden“ gute Agitation für die Genossenschaft geleistet hat. Der Mitgliederzuwachs kommt der Berliner Genossenschaft gerade jetzt sehr zu statten, steht sie doch unmittelbar vor der Eröffnung ihrer großen Bäckerei, welche der größte und am besten eingerichtete Betrieb dieser Branche am Ort selbst und seiner Umgebung sein wird.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat vor kurzem eine Genossenschaftsdebatte stattgefunden, in welcher der Pole Korzantch sich beschwerte, daß man die Genossenschaften in Polen mit Gewalt zu polnischen Vereinen stempelte, indem man den deutschen Beamten verbiete, Mitglied in diesen Genossenschaften zu sein. Wenn dann nur noch polnische Mitglieder vorhanden sind, ist es natürlich nicht schwer, den Verein einen polnischen zu nennen und ihn zu einem politischen zu stempeln. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hirsch teilte dann dieselben von den Behörden angeordneten Maßnahmen aus den Arbeiterkonsumgenossenschaften mit, was dann natürlich zur Folge habe, daß diese als sozialdemokratische Genossenschaften gelten, obwohl sie sich dem Gesetz gemäß, streng neutral verhalten. Der Herr Handelsminister hat weder Herrn Korzantch noch Herrn Hirsch auf ihre Anklagen irgend eine Antwort zuteil werden lassen.

Die Harpener Bergbau-Mittengesellschaft hat, um die Fleischpreise im Wohnbereich ihrer Arbeiterschaft zu erniedrigen, eine große Schweine-mästerei angelegt. Die Vereinigte Königs- und Laurahütte ist gleich noch einen Schritt weitergegangen und hat eine eigene Fleischerei für ihre Arbeiter und Angestellten eingerichtet. Für die Viehzucht hatte sie im Anfang keine Vorzüge getroffen. Sie war infolge dessen mehrfach genötigt, den Breslauer Viehmarkt in Anspruch zu nehmen, wo sie Vieh aus Oberschlesien kaufte. Durch den Transport nach Breslau und wieder nach Oberschlesien jurid wurde das Vieh unnötig verteuert. Die Hütte trat daher mit einem landwirtschaftlichen Verein in Beziehung, um direkte Lieferung durch die Landwirte zu erreichen. Auf diese Weise erhielt der Provinzialverband schlesischer landwirtschaftlicher Genossenschaften von der Sache Kenntnis. Er stellte einen Beamten zur Verfügung, dem es bald gelang, eine Vieh-vertikulationsgenossenschaft mit dem Sitz in Falkenberg zu gründen. Diese Genossenschaft übernimmt die Lieferung. Sie ist dadurch der unangenehmen Sorge, Abnehmer zu suchen, entbunden. Die Hütte ihrerseits kann aus erster Hand billiger kaufen. Nach Ueberwindung der ersten Schwierigkeiten gelang es im Jahre 1910, bereits 666 Schweine im Werte von 80 000 M. durch die Genossenschaft abzugeben. Wenn die Konsumvereine sich mit Fleischerei abgeben, wird ihnen häufig nachgesagt, sie täten es nicht, um einem Bedürfnis abzuhelfen, sondern um Mittelstands-existenz zu vernichten. Das Vorgehen der Harpener Bergbau-Mittengesellschaft und der Königs- und Laurahütte ist der beste Beweis, daß die privatkapitalistische Fleischversorgung nicht überall ihrer Aufgabe gerecht zu werden vermag und daß die Konsumvereine bei ihrem Bestreben, auch hier für die Versorgung vom organisierten Konsum auszugehen, nicht nur ihren Mitgliedern einen guten Dienst leisten. G. e. r. t.

Korrespondenzen.

Dresden. Mitglieder-Versammlung am 13. März. Ueber die Invaliden-Versicherung hielt Kollege Arbeiter-Sekretär Menke einen Vortrag. In längeren Ausführungen ging der Redner auf die umfangreiche Materie sowie die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes in erläuternder Weise ein und hob hervor, wie ungemein nötig die Kenntnis der sozialen Gesetzgebung für die Arbeiterschaft sei, was leider nicht immer genügend beachtet würde. Die Versammlung spendete am Schluß dem Referenten für seinen lehrreichen Vortrag allgemeinen Beifall. Ueber das Ergebnis der aufgenommenen Statistik berichtete Kollege Hentze. In der Hand der für unsere Zastelle besonders bearbeiteten Statistik wies er nach, daß in gleichem Umfange noch niemals eine solche hierorts aufgenommen wurde und daß die Lohnverhältnisse seit der letzten Tarifbewegung nur mit wenig Ausnahmen fast dieselben geblieben sind. Unter „Genossenschaftliches“ machte der Vortragende auf den deutschen Frauentag aufmerksam und ersuchte die Kolleginnen, sich an dieser Demonstration zahlreich zu beteiligen, hervorhebend, daß sie durch die Erlangung des Wahlrechts leichter in der Lage sind, eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse herbeizuführen.

Rundschau.

Für die Erringung des Frauenwahlrechts demonstrierten die Arbeiterinnen am 19. März in ungezählten überfüllten Versammlungen, in denen nachfolgende Resolution angenommen wurde:

„Die Forderung des Frauenwahlrechts ist die notwendige Folge der durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, die die Stellung der Frau von Grund aus umgewandelt haben.“

Die zirka zehn Millionen Frauen, die im gesellschaftlichen Produktionsprozeß tätig sind, die Millionen Frauen, die als Mutter Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen, die als Hausfrauen die schwersten Pflichten übernehmen, erheben mit allem Nachdruck Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung.

Die Frauen fordern das Wahlrecht, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft, die erst das volle Menschentum dem Weibe verbürgt. Damit gewinnt die Frage des Frauenwahlrechts erhöhte Bedeutung für den Kampfstamp des Proletariats, dem so ein mächtiger Bundesgenosse in seinem Befreiungskampfe erwächst.

Die Sozialdemokratie ist die einzige politische Partei, die jederzeit den Kampf für die volle politische Gleichberechtigung des Weibes geführt hat und führt.

Die am 19. März Versammelten erklärten deshalb, daß sie sich zur Erringung des Frauenwahlrechts in die Reihen der Sozialdemokratie stellen und mit aller Energie und Begeisterung für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen öffentlichen Vertretungskörpern für alle über zwanzig Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts kämpfen. Die Versammelten erklären weiter, unablässig an der Stärkung der sozialdemokratischen Organisation und der Verbreitung ihrer Presse zu arbeiten, da die wachsende Macht der sozialdemokratischen Partei die alleinige Gewähr ist für die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen und für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Klassenherrschaft.“

Briefkasten.

An alle Schriftführer. Aus naheliegenden Gründen müssen wir davon Abstand nehmen, die in den jetzt stattfindenden Mitglieder-Versammlungen beschlossenen Anträge zur Tarifrevision zu veröffentlichen. Dergleichen werden auch vorläufig die Ergebnisse der statistischen Erhebungen nicht bekannt gegeben. — E. K., Hamburg. Dein Wunsch kann in Rücksicht auf den Tarifablauf nicht erfüllt werden. Es liegt aber der dieswöchentlichen Zeitungsendung eine Anzahl Exemplare für die in Frage kommenden Vertrauensleute bei. — A. Sch., München. Mit entsprechender Kritik, aber ohne „schaudernde Bewunderung und Grauen“ in nächster Nummer. Gruß. — Darmstadt. Bericht mußte wegen Mangel an Allgemeininteresse abgelehnt werden. — Fr. B., Königsberg. Siehe „An alle Schriftführer“. Gruß.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 12.

Berlin, den 25. März 1911.

17. Jahrgang.

Aus der Reichsversicherungs- ordnungs-Kommission.

XXV.

Die zweite Beratung des Entwurfs ist jetzt beendet. Von wichtigen Veränderungen sind nur zwei hervorzuheben. In dem Abschnitt über die Aufsicht der Krankenkassen war im Regierungsentwurf bestimmt, daß die Aufsicht von dem Versicherungsamt ausgeführt wird, und daß sie sich auch auf die Beobachtung der Dienst- und Krankenordnung erstreckt. Hierzu hatten die Kompromißparteien den Antrag eingebracht, die Aufsicht auch auf die angemessene Handhabung der Dienst- und Krankenordnung auszu dehnen. Die Regierungsvertreter und die Redner der Kompromißparteien stellten zunächst diesen Zusatz als eine nur reaktionelle Verbesserung hin. Die Sozialdemokraten erhoben aber dagegen Einspruch. Sie wiesen nach, daß der Zusatz eine ganz erhebliche grundsätzliche Verschlechterung der Stellung bedeutet, die die Krankenkassen zu der Aufsichtsbehörde haben sollen. Bisher hatte die Aufsichtsbehörde nur das Recht, darüber zu wachen, daß die gesetzlichen Bestimmungen von den Kassenvorständen eingehalten werden. Nach dem Zusatz dagegen wäre die Aufsichtsbehörde außerdem befugt, gegen jede Maßnahme des Kassenvorstandes in Bezug auf die Dienst- und Krankenordnung einzuschreiten, wenn sie behauptete, daß, was geschehen sei, sei nicht „zweckmäßig“. Damit wäre der Kassenvorstand vollständig der willkürlichen Obervormundschaft der Behörde unterstellt, denn über die Zweckmäßigkeit einer Maßnahme kann man sehr verschiedener Meinung sein. Was dem Kassenvorstand mit Rücksicht auf die Fürsorge für die kranken Arbeiter im höchsten Grade zweckmäßig erscheint, kann irgend ein Landrat von seinem bürokratischen Standpunkte aus für höchst überflüssig, also auch unzweckmäßig erachten. Nachdem die Sozialdemokraten die Bedeutung des Zusatzes dargelegt hatten, wollten die Kompromißparteien es nicht wahr haben, daß sie derartige Absichten gehabt hätten. Die Folge davon war, daß sie ihren ursprünglichen Antrag zurückzogen und dafür folgende Bestimmung annahmen:

„Liegt ein wichtiger Grund vor, einem Angestellten zu kündigen oder ihn zu entlassen und macht der Vorstand von seinem Kündigungs- oder Entlassungsrecht keinen Gebrauch, so kann ihn die Aufsichtsbehörde dazu anhalten. Auf Beschwerde des Beamten entscheidet das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) endgültig.“ Diese Bestimmung bleibt allerdings hinter dem ursprünglichen beantragten Zusatzantrag weit zurück. Sie bezieht sich vor allen Dingen nur auf die Dienstordnung, findet also keine Anwendung auf die Krankenordnung. Demnach ist es wenigstens ausgeschlossen, daß etwa die kranken Arbeiter durch eine Krankenordnung, die irgend ein Landrat ausgedacht hat, schikaniert werden. Bedauerlich ist es aber, daß nach der Bestimmung der Aufsichtsbehörde das Recht gegeben ist, gegen jeden Beamten, dessen Verhalten ihr nicht angemessen erscheint, vorzugehen und den Vorstand zu zwingen, ihn zu entlassen. Diese Bestimmung konnte ebenfalls nur von einer Mehrheit angenommen werden, die den größten Wert auf die Entrechtung der Arbeiter in Bezug auf die Selbstverwaltung ihrer Ortskrankenkasse legt.

Die zweite Aenderung bezieht sich auf die Kassenverbände. Der Entwurf regelt die Verhältnisse der Kassenverbände, die sich mit bestimmten im Gesetz namentlich aufgeführten Aufgaben beschäftigen. Außerdem war in der ersten Lesung durch die Kommission hinzugefügt, daß Krankenkassen auch solche Kassenvereinigungen anderer Art bilden oder ihnen beitreten können, die den allgemeinen Zwecken der Krankenhilfe dienen. Dieser Zusatz ist infolge einer Anregung

der Sozialdemokraten hinzugefügt, um den Krankenkassen es zu ermöglichen, sowohl Verbänden zur Förderung solcher Einrichtungen, die den kranken Arbeitern zugute kommen, als auch Verbänden zur Besprechung allgemeiner Krankenkassenangelegenheiten beizutreten. Die Kompromißparteien schlugen zu dieser Bestimmung den Zusatz vor, daß Kassenmittel für derartige Verbände nicht verwendet werden dürfen. Damit war aber wiederum die Möglichkeit zum Beitritt jener Verbände den Kassen genommen, denn ohne Mittel können solche Verbände nicht existieren, und der Beitritt einer Kasse hat dann keinen Sinn, wenn die Kasse nicht auch für den Verband Gelder aufbringen kann. Die Sozialdemokraten bekämpften den Zusatz mit dem Hinweis darauf, daß den Berufsgenossenschaften und Invalidenversicherungs-Anstalten das Recht zusteht, für ihre Verbände die nötigen Mittel aus der Kasse der Versicherung zu entnehmen. Welcher Grund liege vor, bei den Krankenkassen eine Ausnahme zu machen. Die Kompromißparteien ließen schließlich ihren Antrag fallen und begnügten sich mit dem Zusatz, daß für derartige Verbände Kassenmittel nur mit Zustimmung beider Gruppen im Vorstände verwendet werden dürfen.

Die Kommission vertagte sich hierauf auf einige Zeit, um diejenigen Anträge vorzubereiten, die in einer dritten Lesung des Entwurfes zur Verhandlung kommen sollen. Die dritte Lesung wird sich nicht auf alle Paragraphen des Entwurfs erstrecken, sondern nur auf diejenigen, bei denen ein besonderer Grund zu einer nachträglichen Aenderung vorliegt. Die dritte Lesung wird daher in verhältnismäßig kurzer Zeit beendet werden können. Unmittelbar nach Ostern soll dann im Plenum die zweite Lesung des Entwurfes beginnen und die Regierung rechnet sicher darauf, daß der Reichstag das Gesetz zu Stande bringen wird. Auch die Arbeiter können es mit Freude begrüßen, wenn endlich die Reform der Arbeiterversicherung zum Abschluß gebracht wird. Jedoch muß unter allen Umständen verhindert werden, daß bei dieser Gelegenheit die Arbeiter in Bezug auf die Selbstverwaltung ihrer Krankenkasse entrechtet werden.

Drei Jahrzehnte deutscher Bücher- ausfuhr. *)

I.

Wirtschaftlich sind die Länder, welche heute die politische Welt ausmachen und durch die verschiedenartigsten Grenzpfähle streng von einander abgeschlossen erscheinen, seit einem Menschenalter und noch länger im ausgeprägtesten Sinne des Wortes international.

Ueber die für das deutsche Volk im Inlande hergestellten Mengen von Lebensbedürfnissen jeder Art gibt es keine auch nur annähernd vollständigen Nachweise. Wir haben dafür aber zum Teil offizielle und lausende professoral-amtliche Untersuchungen und Feststellungen über die unmöglichsten Dinge, auch nur zu den Anfängen einer Produktionsstatistik hat man sich im Deutschen Reiche noch nicht durchgearbeitet. Es bestehen nur ziffermäßige Nachweisungen der deutschen Produktion, soweit die Ertragsstatistik in Betracht kommt. Der Eisenbahn- und Binnenwasserfrachtverkehr gibt ebenfalls nur lächerhaftes Material. Genaue Produktionskontrolle besteht nur für die Waren, wie Tabak, Brautwein, Zündmittel usw., von denen der Staat Steuer erhebt. Im übrigen gibt allein der Beschäftigungsgrad die Möglichkeit eines

Maßstabes für den Umfang und die Stärke der deutschen Warenproduktion, mit anderen Worten: für den größten Teil der deutschen Arbeit haben wir heute noch keine festgelegten Größen.

Der Außenhandel des Deutschen Reiches unterliegt im Gegensatz zur inländischen Verbrauchsproduktion in Umfang und Wert seit einer ganzen Reihe von Jahrzehnten genauerer Kontrolle. Schon zu den Zeiten des Deutschen Zollvereins existierte eine reguläre Ausführstatistik, die sich allerdings im wesentlichen auf die Waren bezieht, welche für die Vertragsstaaten von finanziellem Interesse sind. Erst allmählich ist der Export und Import ganz allgemein erfaßt worden.

Deutschland nimmt in seiner Bücherausfuhr unter allen Handelsstaaten der Kulturwelt eine ganz besondere Stellung ein. „Das Land der Denker und Dichter“ — das Wort ist charakteristischer Weise schon manches Mal in bedauerndem Sinne angewendet worden — stellt einen natürlichen Mittelpunkt des Buchhandels dar.

In den nachfolgenden Tabellen soll die deutsche Bücherausfuhr in ihren inneren und äußeren Wandlungen vom Jahre 1883 an dargestellt werden. Dieses Jahr wurde gewählt, weil von da ab die Exportstatistik auf annähernd gleicher Basis durchgeführt worden ist. Sie endigt mit dem letzten Februar des Jahres 1906**, der neue Zolltarif von 1902 schaffte eine völlig veränderte Warenklassifizierung. Wenn die Bücherausfuhr dadurch auch mit am wenigsten betroffen wurde, so lohnt sich trotzdem eine Teilung, weil in der ersten Periode der Bücherexport immer nur mit der Karten-, Musikalien- und Zeitschriftenausfuhr verbunden erscheint, während er in der zweiten Periode für sich allein geführt ist.

Eine Statistik der Warenausfuhr kann unter verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen. Einmal so, daß jeder Bücherexport notiert wird, ganz gleich, ob das Produkt im Inlande selbst hergestellt, oder nur durch den deutschen Buchhändler — aus anderen Ländern bezogen — wieder auf den Weltmarkt gebracht wird. Da uns hier die Bücherproduktion Deutschlands mehr interessiert als der deutsche Buchhandel, so sind die Zahlen nach dem ersteren Verfahren, dem der Spezialhandelsstatistik, zusammengestellt. Bei den weiter unten abgedruckten Ausfuhrziffern ist also die Ausfuhr aus dem freien Verkehr, ohne die Durchfuhr, zu sehen. Von 1907 an ist in den Zahlen, einer Aenderung der Reichsstatistik folgend, auch der sogenannte Veredelungsverkehr auf inländische Rechnung mit einbezogen. Das nur zu dem Zwecke des Gebrauches oder Verbrauches eingeführte Rohprodukt, das veredelt das inländische Verarbeitungsgebiet wieder verläßt — wohl beachtet, nur soweit dies auf inländische Rechnung erfolgt — ist von da ab mit einbezogen. Für das Buchdruckgewerbe sind das relativ geringe Summen, die zeitweilig überhaupt fehlen. Zu dem Spezialhandel gehört auch noch die Ausfuhr aus den sogenannten Zollauslässen, für Bücher kommt dies nicht in Betracht. Des weiteren muß noch beachtet werden, daß die Bücherpostsendungen nach dem Auslande in den ziffermäßigen Nachweisen nicht erscheinen. Die Gewichte sind stets rein Netto angegeben. Die Wertsummen sind geschätzte resp. amtlich unter Beihilfe eines Sachverständigenrates alljährlich neu festgelegte Durchschnittspreise. Bis 1906 wurde bei der deutschen

*) Nachdruck ist nur mit Erlaubnis des Verfassers gestattet.

***) In einem zweiten Artikel wird die Ausfuhr vom 1. April 1906 bis Ende 1910 behandelt werden.

Handelsstatistik das Land als Herkunftsland bezeichnet, aus dem die Verwendung erfolgte, also in der Regel das Produktionsland. Als Bestimmungsland wurde dasjenige betrachtet, wohin die Verwendung deklariert war, also in der Regel das Verbrauchsland. Mit dem neuen Zolltarif ist hier ein besserer Bestimmungsmodus durchgeführt worden. Es gilt jetzt als Herkunftsland das, in dem die Ware hergestellt worden ist und als Bestimmungsland dasjenige, wo das Produkt gekauft wird. Es ist zweifelsohne eine bessere Spezifizierung.

Die Bücher-, Karten-, Musikalien- und Zeitschriftenausfuhr aus dem jeweiligen Zollgebiete des Deutschen Reiches betrug im Spezialhandel:

Kalenderjahr	in Tonnen	in Millionen Mark
1905	16 478	96,4
1904	16 495	92,0
1903	15 055	84,0
1902	14 273	85,6
1901	14 177	79,4
1900	14 059	78,7
1899	12 608	70,6
1898	12 650	70,8
1897	11 942	64,5
1896	11 512	62,2
1895	10 938	52,5
1894	9 937	47,7
1893	10 271	51,4
1892	9 311	42,5
1891	9 434	43,1
1890	9 200	42,0
1889	9 126	37,4
1888	9 161	37,9
1887	9 244	37,9
1886	8 882	31,0
1885	8 593	30,0
1884	7 910	27,7
1883	7 698	26,9

Als reine Bücherausfuhr kann im Durchschnitt vier Fünftel der Gesamtziffern betrachtet werden.

Die Tabelle zeigt ein ständiges Wachsen der deutschen Bücherausfuhr. — Nicht zu verwechseln mit dem Ausfuhrbuchhandel, der natürlich noch größer ist. — Mengen und Werte sind in fortlaufender Steigerung gewesen, nur unterbrochen durch die Konjunkturschwankungen. Hierbei muß beachtet werden, daß geringe Bücherausfuhr durchaus nicht immer schlechte Zeiten der Inlandsproduktion darstellt. Eher ist es umgekehrt, so daß in Zeiten der Hochkonjunktur die Ware knapp ist und kaum der Inlandsmarkt gedeckt werden kann. Deswegen wird das Ausland dann nur ganz ungenügend versorgt. Ist der allgemeine Geschäftsniedergang im Produktionsgebiete stark bemerkbar, so steigert sich die Ausfuhr sehr gern, weil damit die Hoffnung verknüpft ist, Warenüberschuß im Auslande absetzen zu können, zumal bei gedrückten Preisen.

Besonders interessant wird diese Tabelle der Ausfuhrspezialhandels, wenn die einzelnen Ziffernreihen zueinander in Verhältnis gesetzt werden. Tonnen- und Millionensumme von 1884 bis 1905 ist in der folgenden Tabelle als Grundlage für Jahresdurchschnittsgrößen genommen, die dann gleich 100 gesetzt sind. Die Durchschnittsgröße ist dann wieder mit den wirklichen Tonnen- und Millionenziffern verglichen, es erscheint so für jedes Jahr eine Zahl, die mit 100 als einem Mittel der Jahre 1884 bis 1905 in Beziehung gesetzt ist. Damit ergibt sich ein klares Bild der Entwicklung des Umsatzes und des Wertes der deutschen Bücher-, Karten-, Musikalien- und Zeitschriftenausfuhr seit 1884. Wie stark resp. verschieden die Schwankungen von Jahr zu Jahr sind, zeigt die dritte und vierte Zahlenreihe der Tabellen, welche die jeweiligen Zuwachs- oder Rückgangsdifferenzen, die von Jahr zu Jahr bestehen, aufweist.

Die Bücher- usw. Ausfuhr (wie bei der obigen Tabelle), der Jahresdurchschnitt von 1884 bis 1905 gleich 100 gesetzt und mit den jährlichen Ausfuhrwerten verglichen.

Kalenderjahr	Tonnen in Prozenten	Millionen in Prozenten	Differenz gegen das jeweilige Vorjahr Tonnen	Millionen
1905	144	163	+/-	+ 8
1904	141	160	+ 12	- 4
1903	132	164	+ 7	+ 15
1902	125	149	+ 2	+ 12
1901	123	137	+/-	+/-
1900	128	137	+ 13	+ 14
1899	110	123	- 1	+/-
1898	111	123	+ 6	+ 11
1897	105	112	+ 4	+ 4
1896	101	103	+ 5	+ 18
1895	96	90	+ 9	+ 8
1894	87	82	- 3	- 6
1893	90	88	+ 8	+ 14
1892	82	74	- 1	- 1
1891	83	75	+ 2	+ 2
1890	81	73	+ 1	+ 8
1889	80	65	+/-	- 1
1888	80	65	- 1	+/-
1887	81	66	+ 3	+ 12
1886	78	54	+ 3	+ 2
1885	75	52	+ 6	+ 11
1884	69	41		

Die prozentualen Mengen und Werte der Ausfuhr an Büchern usw. stehen in den 22 Vergleichsjahren in ganz eigenartigem Verhältnis zu einander. In den neunziger Jahren ist der prozentuale Wert der Ausfuhr noch weit unter dem Gewicht des Exportes, schon 1900 ist es umgekehrt. Es kann dies einmal so erklärt werden, daß damals billige Waren vorwiegend ausgeführt wurden, während heute auch das wertvollere Buch seinen Weg in andere Länder gefunden hat. Es ist aber nicht allein dieses Moment, welches verursacht hat, daß heute die Prozentziffer des Ausfuhrwertes weit über der des Exportquantums steht. An der dritten und vierten Zahlenreihe ist deutlich zu erkennen, wie einem Rückgang oder Fortschritt des Ausfuhrquantums der Wert desselben durchaus nicht analog folgt, er hat das Bestreben, viel rascher nach aufwärts zu steigen und ebenso zurück zu sinken. Damit ist dargestellt, daß die Preisveränderungen viel stärker sind als die Verschiebung der Ausfuhrmengen. Die Ziffern der Preise selbst zeigen klar, daß gerade für Bücher der Auslandsmarkt als recht lohnendes Absatzgebiet sich eingebürgert hat.

In einem zweiten Artikel werden wir nun die Bücherausfuhr im Spezialhandel von 1906 bis 1910 betrachten.

Kurt Heinig-Berlin.

Rundschau.

Hygiene-Ausstellung in Dresden. Die bekannten Vorgänge, die die Gewerkschaften veranstalten, sich von der Ausstellung zurückzuziehen, welchem Vorgehen dann die Konsumvereine folgten, haben jetzt auch den Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bund zu dem gleichen Beschluß Veranlassung gegeben. Es war diesem weitgehendste Berücksichtigung in der Sonder-Abteilung „Alkoholisimus“ zugesagt worden, doch verdrängte der Bund auf die Beteiligung, um seine Solidarität mit den Gewerkschaften darzutun.

Geschäftsreckame einer Streifbreviervermittlungsfirma. Die berühmte Firma Fr. A. Müller in Wandsbek bei Hamburg versendet an die Unternehmer gedruckte Prospekte, die die Leistungsfähigkeit dieser Firma in der Verhörerung von Streifbrevieren einem verehrten Unternehmerpublikum anpreisen. Mit dem deutschen Reichs-nachweis, „Größtes Bureau Deutschlands für Streifangelegenheiten“, bezeichnet der Prospekt dieser dem Staate so nützlichen Firma als Spezialität ihres Geschäftsbetriebes: Beschaffung von Arbeitswilligen bei Lohnkämpfen.

In unsanfterem Wettbewerb mit den Anpreisungen der Prospekte über die Nützlichkeit des Nutreinigungstees oder des Bisenwassers verursacht der Prospekt der Firma Müller in der Form, durch die geniale Satzführung, Baumgrünchen schon auf Vorstoß. Man höre:

„Infolge heutiger Lage auf dem Arbeitsmarkte und des Vorgehens der organisierten Arbeiterchaft, sowie deren Organe, hat es sich obiges Bureau zur Aufgabe gemacht, bei vor-kommenden Streiks und Sperrn den Herren

Arbeitgebern arbeitswilliges Personal guter Qualität in jeder gewünschten Anzahl sofort zur Verfügung zu stellen. . . .

Die Arbeitswilligen stehen der Öffentlichkeit stets näher, als die Streikenden. Unsere Vermittlung hat also auch vom Standpunkte des Arbeitnehmers immer den Rechtsboden unter den Füßen.“
Schön gesagt!

In schlußförmiger Form wird weiter bramarbasiert, daß die Firma in einem Zeitraum von acht Tagen 8000 Leute stellen, in zwei Jahren bei 40 größeren Streiks 5000 Siebenmonatskinder geliefert hat und eine Arbeitswilligenkolonne von 400 gelernten Arbeitern auf telegraphischen Anruf sofort nach einem von Streit bedrohtem Werke dirigieren kann. Und untermchied im Prospekt sind Dankagungen von Firmen über die Vorzüglichkeit der gelieferten Stückzahl Streifbrevier zu lesen, so da ihre treuen Kridolindienste verrichteten, ohne sich durch Prohung oder Vist von den Streikenden stören zu lassen. Eine nur oberflächliche Betrachtung der im Prospekt aufgeführten Firmen zeigt, daß es mit diesen Dankagungen dieselbe Verwendung hat, wie mit denen in den Geheimmittel-Prospekten aufgeführten. Manche Firma, die sich — vielleicht in ihrem ersten Zorn über die unbotmäßigen streikenden Arbeiter und aus vorzeitiger Freude über die Klausurfeier — dort lobend über die gelieferte Arbeitswilligenware auspricht, finden wir als Unterzeichner eines später abgeschlossenen Tarifvertrages wieder. Mit der Zuberlässigkeit dieser Dankschreiben sieht es also sehr windig aus. Die ehrenwerte Firma aber wird es vielleicht nötig haben, durch dergleichen Prospekte sich in empfehlenswerte Erinnerung zu bringen, denn ihr Ruf über die Vorzüglichkeit ihrer gelieferten Menschenware ist gerade in letzter Zeit arg erschüttet worden.

Vom Schnapsbohlokt. Die Kupfepresse läßt fast gar nichts mehr von sich hören, die Zahlen der Alkoholverzeugung geben die Erklärung dafür, sind sie doch weiter in ständigem Sinken begriffen. Alle Mäßen, die Statistik zu beeinflussen, haben zwar in den einzelnen Verbrauchsquoten Verschiebungen hervorgerufen können, aber die Produktion selbst ließ sich nicht in andere Bahnen zwingen.

Für den Monat Februar 1911 und die Vergleichsmonate der Jahre 1910, 1909 und 1908 zeigt die erste Zahlenreihe den Rückgang, der Alkoholverzeugung. Für die bis jetzt statistisch erfaßte Periode des Schnapsjahres — das vom Oktober bis zum September läuft — zeigt die zweite Zahlenreihe die Wandlungen.

Alkoholverzeugung in Hektolitern:

Februar	Oktober bis Februar
1911 . . . 494 819	1910/11 . . . 2 060 384
1910 . . . 500 788	1909/10 . . . 2 208 140
1909 . . . 560 737	1908/09 . . . 2 646 420
1908 . . . 557 691	1907/08 . . . 2 429 848

Der Rückgang der Alkoholverzeugung ist demnach ein fortwährender. Abgesehen von dem Jahre 1908/1909, das die Vorversorgung wegen der in Aussicht stehenden steuerlichen Mehrbelastung enthält, ist es langsam, aber sicher, abwärts gegangen. Es muß aber gesagt werden: das ist noch lange nicht genug! Jeder Arbeiter muß es als seine Pflicht ansehen, die freiwillige Steuerleistung an Staat und Kupfepresse zu verweigern, indem er keinen Tropfen Schnaps trinkt!

Staatsmittel für Sozialreformen. Eine durch das französische Ministerium des Aeußeren kürzlich veranstaltete Enquete über die von einzelnen Ländern aus Staatsmitteln alljährlich für rein soziale Zwecke aufgewendeten Summen ergab folgendes, für Deutschland, das von allen diesen Ländern die weitaus größte Einwohnerzahl hat, nicht gerade glänzende Resultat:

England	300 000 000 Frs.
Frankreich	120 000 000 „
Deutschland	80 909 368 „
Belgien	28 000 000 „
Italien	21 000 000 „
Oesterreich	14 570 178 „
Dänemark	9 835 420 „
Schwiz	6 063 075 „
Spanien	3 605 461 „
Norwegen	3 420 803 „
Portugal	2 800 000 „
Niederlande	1 370 301 „

Zumal im Vergleich zu den für den Militarismus aufgewendeten Milliarden geschieht demnach auf soziale Gebiete noch recht wenig, und das auch nur in den Ländern mit guter Entwicklung der Arbeiterbewegung.